№ 466
B 222

Abend-Ausgabe.

Berlin

Dienstag, 21. September 1920

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Einzelne Nummer
20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Millerands Kandidatur.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 21. September.

Die Erklärung, durch die Millerand sich gestern abend zur Uebernahme der Kandidatur für die Präsidentschaftswahl bereit erklärt hat, hat größte Ueberraschung hervorgerufen. Man war allgemein sicher, daß Millerand die Nachfolge Deschanels nicht übernehmen wird, ohne sich Zusicherungen für die Möglichkeit weiterer entscheidender Beeinflussung der Politik Frankreichs geben zu lassen. Man war aber auch darauf gefaßt, daß er seiner Wahl durch eine solche Erklärung den Charakter einer politischen Kundgebung von größter Tragweite geben werde. Der „Petit Parisien" übertreibt nicht, wenn er das Vorgehen Millerands als einen „geschichtlichen Akt, dessen volle Bedeutung man noch nicht erfassen könne", bezeichnet. Auch der „Figaro" hebt hervor, daß bisher kein französischer Präsidentschaftskandidat mit solcher Kühnheit zu erklären wagte, daß er nicht nur der über den Parteien stehende Schiedsrichter, sondern der maßgebende Leiter einer genau bestimmten Politik sei. — Die meisten Zeitungen, die in den letzten Tagen Millerands Kandidatur forderten, begrüßen den Entschluß des Ministerpräsidenten mit Freude.

Die linksradikale „Lanterne" bezeichnet als die Sieger des gestrigen Tages diejenigen Politiker, die Millerands Wahl zum Präsidenten der Republik betrieben, um seine Nachfolger an der Spitze des Kabinetts und am Quai d'Orsay ernennen zu können. Sie nennt als ersten dieser Sieger Herrn Briand, dessen Beredsamkeit es hauptsächlich gelungen sei, Millerand umzustimmen. Der Abg. Léon Daudet betitelt seinen Leitartikel in der „Action française" über den Entschluß Millerands kurz und bündig „Millerand in der Falle Briands". Auch der „Homme libre" deutet in seinem Leitartikel an, daß er an Intrigen glaube, die der Rückkehr Briands an die Spitze der Regierung dienen sollen. Der Briand nahestehende „Eclair" begrüßt Millerands Entschluß, den verdächtigen Umtrieben der Vertreter des alten Linksblocks ein Ende zu machen, und betont, daß der Wunsch, diesen Umtrieben entgegenzutreten, für Millerand zum Teil bestimmend gewesen sei. Das Organ der Radikalen, der „Rappel" äußert Bedenken gegen Millerands Erklärung, nach der man annehmen muß, daß Millerand die Bedeutung des Ministerpräsidenten verringern wolle, obgleich allein der Ministerpräsident vor dem Parlament verantwortlich sei. Die linkssozialistischen Organe bezeichnen Millerands Entschluß, wohl sicher zu Unrecht, als das „Ende einer Komödie" und verdächtigen den Ministerpräsidenten in recht plumper Weise, seit langem die Wahl zum Präsidenten der Republik erstrebt zu haben.

Von sonstigen Presseäußerungen sei noch der Leitartikel des „Journal" erwähnt, in dem es heißt: Das französische Volk will den Frieden, den Frieden überall unter den Geistern, auf der Straße wie auch an der Grenze; es wird in Millerands Aeußerungen eine neue Gewißheit dafür finden, daß der feste Wille, der seit 8 Monaten für die Sicherheit dieses Friedens wirkte, seine wohltuende Wirksamkeit fortsetzen werde.

Die gesamte Presse hält es für sicher, daß Millerand mit sehr starker Mehrheit gewählt werden wird Die Gegner seiner Kandidatur, namentlich die geeinten Sozialisten, ferner die Anhänger von Loucheur und Tardieu, dann wohl sicher die entschiedenen Linksradikalen, und, wenn die Zeitung „Oeuvre" recht behält, eine Reihe von Politikern, die Millerands Kandidatur betrieben haben, aber nicht wünschen, daß er von einer großen Mehrheit gewählt wird, werden sich entweder der Abstimmung enthalten, oder für einen Politiker stimmen, der seine Kandidatur ausdrücklich abgelehnt hat, z. B. den Senatspräsidenten Léon Bourgeois, den die Linksradikalen gestern abend vergeblich zur Annahme einer Gegenkandidatur gegen Millerand zu gewinnen versuchten.

gh **Paris**, 21. September.

Der „Matin" schreibt: Die Annahme der Kandidatur zur Präsidentschaft der Republik durch Millerand beschäftigte gestern das Palais Bourbon sehr lebhaft und auch ebenso die Frage seiner Nachfolgerschaft. Es wurden zahlreiche Kombinationen durchgesprochen. Man erzählte, daß Millerand, wenn er zum Präsidenten der Republik erwählt würde, Herrn Poincaré die Ministerpräsidentschaft antragen würde, der das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen und sich mit mehreren ehemaligen Ministerpräsidenten, darunter besonders Barthou und Doumergue, umgeben sollte. Es wurden aber auch noch andere Namen genannt, z. B. Jonnart.

Wahrheit ist aber nach Informationen aus bester Quelle, daß Millerand die Absicht hat, die Ministerpräsidentschaft Herrn Briand anzubieten. Wenn dieser annimmt, so ist sehr wahrscheinlich, daß er ein Kabinett aus ganz neuen Elementen bildet.

Heute nachmittag um 3 Uhr treten Kammer und Senat zusammen. In jeder der Versammlungen wird die Abschiedsbotschaft des bisherigen Präsidenten Deschanel verlesen werden. Nach Mitteilung der Botschaft wird in der Kammer Raoul Péret eine Mitteilung machen, in der er das Bedauern der Kammer über die Demission Deschanels aussprechen wird. Im Senat wird sich ein ähnlicher Vorgang abspielen.

Nach einer Mitteilung des „Journal" hütet Deschanel seit gestern das Zimmer. Es wird hartnäckig das Gerücht verbreitet, daß sein Zustand sich verschlimmert habe und daß er bettlägerig sei.

Die neunte Tagung des Völkerbundrats

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 21. September.

Die neunte Tagung des Völkerbundrats hat gestern vormittag durch eine öffentliche Sitzung im sogenannten Luxembourg-Palais ihren Abschluß gefunden. Léon Bourgeois hob als Präsident in seiner Eröffnungsrede hervor, daß der Völkerbundrat zum erstenmal Gelegenheit gehabt habe, größe Fragen der internationalen Politik zu behandeln.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Aalandsinseln. Der englische Delegierte Fisher fungierte als Berichterstatter. Er teilte mit, daß der vom Völkerbundrat eingesetzte Juristenausschuß zu dem Schlusse gekommen sei, daß der Völkerbundrat als zuständig für die Entscheidung der Aalandsfrage zu gelten habe. In dem Bericht wird betont, daß eine endgültige Regelung der Aalandsfrage erst erfolgen wird, wenn Rußland nach Beendigung seines jetzigen Ausnahmezustandes bei der Lösung der Frage mitwirken könne. Die Sowjetregierung habe schon zu erkennen gegeben, daß sie den Inseln große Bedeutung beimesse und keine in Abwesenheit Rußlands getroffene Entscheidung anerkennen werde. Fisher forderte die beiden Länder auf, alle positiven Maßnahmen bis zur endgültigen Lösung des Problems hinauszuschieben. Der Völkerbundrat beschloß nach Anhörung von Fishers Bericht, mit Einverständnis Schwedens und Finnlands die Einsetzung eines Dreierausschusses zur Ausarbeitung eines Berichts. An zweiter Stelle wurde der polnisch-litauische Konflikt erörtert. Nach Darlegungen des als Berichterstatter fungierenden ehemaligen belgischen Ministers Hymans nahm der Völkerbundrat eine Entschließung an, durch die den beiden Parteien ans Herz gelegt wird, die am 8. Dezember 1919 vorgeschlagene Demarkationslinie bis zur Lösung des Zwistes durch die direkten Verhandlungen zwischen Polen und Litauen zu achten. Die Vertreter Litauens und Polens, Professor Woldemar und der frühere Ministerpräsident Paderewski, dankten dem Völkerbundrat in versöhnlich gehaltenen Erklärungen für seine Vermittlung und äußerten die Erwartung, daß eine für beide Teile befriedigende Lösung bald erreicht wird. Dann drückte Paderewski dem litauischen Delegierten unter dem Beifall der Versammlung die Hand.

Für den dritten Punkt der Tagesordnung, die Verwaltung des Saargebiets, fungierte der griechische Delegierte Caclamanos als Berichterstatter. Er empfahl (wie im heutigen Morgenblatt der „Vossischen Zeitung" gemeldet. D. Red.) die Annahme des Rücktrittsgesuches des Herrn v. Boch und seine Ersetzung durch den früheren Bürgermeister von Saarlouis, Dr. med. Hector, prakt. Arzt in Saarlouis. Dieser wurde für die Dauer eines Jahres zum Mitgliede der Regierungskommission des Saargebietes ernannt.

Als Berichterstatter für die an vierter Stelle zu beratende Frage von Eupen und Malmedy fungierte der Brasilianer da Cunha. Auf dessen Antrag beschloß der Völkerbundrat, den deutschen Einspruch zurückzuweisen, da Belgien die Bestimmungen des Versailler Vertrages beachtet habe und der von Deutschland versuchte Beweis für angebliche belgische Beeinflussungsmanöver nicht als erbracht betrachtet werden könne.

Brüssel, 21. September. (T. U.)

Die alliierte Kommission für die Festsetzung der neuen Grenze zwischen Belgien und Deutschland hat in Aachen eine Sitzung abgehalten und beschlossen, daß die Eisenbahn Raeren—Kaltenherberg direkt nach Montjoie verlegt wird. Die Deutschen wollen den Bahnhof Herbesthal haben sowie die Quellen, die Aachen mit Wasser versehen und in der Eifel in den Gebieten der Kreise Eupen und Malmedy liegen.

Habsburgs Verzicht auf Oesterreich?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

kl **Wien**, 21. September.

Eine Rede, die Graf Stefan Bethlen vor seinen Wählern in Hodmezö-Vasarhely über die ungarische Königsfrage hielt, hat in Wien offiziöse Zustimmung gefunden. Vielleicht etwas voreilig. Graf Bethlen, der als der kommende Minister des Auswärtigen gilt, hat erklärt, daß zwar der magyarische Staat an seinem vielhundertjährigen monarchischen System festhalten, daß aber der neue König unter allen Umständen sich mit der ungarischen Krone begnügen und auf die Krone eines zweiten Staates vor der Thronbesteigung endgültig verzichten müsse. Die offiziöse „Politische Korrespondenz" stelle fest, daß diese Erklärung „in maßgebenden politischen Kreisen Oesterreichs große und nicht unsympathische Aufmerksamkeit" hervorgerufen habe, daß sie „eine Entspannung der Situation zwischen den beiden in so vielen Interessen aufeinander angewiesenen Nachbarstaaten erhoffen lasse", zumal wenn die im Vertrage von St. Germain vorgesehene Erledigung der westungarischen Frage erfolgt.

Heringspolitik.

Die holländischen Vorwürfe gegen Deutschland.

Von

Oskar T. Schweriner.

In letzter Zeit geht ein Ton durch die holländische Presse, den wir in Deutschland seit Kriegsschluß eigentlich nicht mehr zu hören bekommen haben. Er klingt in einem Blatt stärker, im anderen Blatt schwächer an, ist aber in allen holländischen Zeitungen zu hören.

Fast die ganze holländische Presse ist fest davon überzeugt, daß Deutschland seinem holländischen Nachbar im Augenblick nicht nur Unrecht tut, sondern ihn auch sehr von oben herab behandelt, um einen Ausdruck des „Nieuwe Rotterdamschen Courant" zu gebrauchen: „ganz wie in den Tagen des Kaiserreiches." Wie überhaupt der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" — also auch gerade jenes Blatt, dessen Objektivität wir in den Kriegsjahren häufig genug rühmen konnten — einfach die „deutsche Treue" anzweifelt.

Wenn die Presse eines ganzen Landes geschlossen gegen irgendeinen Mißstand, sei es im In- oder Auslande, eintritt, dann ist gewöhnlich irgend etwas „faul im Staate Dänemark". Gewiß können auch falsche Informationen, Mißverständnisse oder private Interessen zum Teil schuld sein. Aber private Interessen spielen in der holländischen Presse gewiß keine große Rolle, und alle Zeitungen gleichzeitig werden kaum falsch informiert sein.

Versucht man den Dingen auf den Grund zu kommen, so stößt man — es muß leider gesagt werden — auf Widersprüche. Vor allen Dingen in der „Heringsfrage". Diese leidige Frage scheint die Hauptursache der holländischen Verärgerung zu sein, der dann all den anderen aufgestapelten Aerger mit zur Explosion brachte.

Eigentlich sind es zwei Heringsfragen. Die eine gehört zum holländisch-deutschen Kreditabkommen. Danach sollte Deutschland für 3½ Millionen Gulden Heringe von Holland abnehmen müssen. Für 2 Millionen Gulden sind bereits abgenommen worden; für 1½ Million Gulden stehen noch aus. Die Holländer machen den Deutschen den Vorwurf, daß sie diese Heringe bisher nicht abgenommen haben. Die Deutschen geben zur Antwort, daß sie diese zweite Lieferung von 1½ Millionen Gulden bisher nicht abnehmen konnten, weil sie nicht abgenommen werden dürfen, ehe das Kreditabkommen mit Holland ratifiziert ist. Nun sehen die Holländer aber gerade in der Tatsache, daß das Kreditabkommen von deutscher Seite noch nicht ratifiziert ist, einen Treubruch Deutschlands. Sie deuten an, daß es Deutschland vielleicht in Amerika oder sonstwo fertig gebracht habe, bessere Kreditabschlüsse zu erreichen und sich folglich von dem holländischen Kreditabkommen am liebsten wieder frei machen wollen.

Aber auch hierauf lautet die deutsche Antwort, daß Deutschland bisher das Abkommen nicht ratifizieren konnte, weil dieses Abkommen erst von der Entente gutgeheißen werden müsse, und diese Anerkennung bisher noch nicht eingegangen sei. Ist dem so — und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln — so sind die Deutschen formell im Recht, soweit die Abnahme der 1½ Millionen Gulden Heringe in Betracht kommt. Und wenn auch auffallen muß, daß trotz der Behauptung, Deutschland könne für die 1½ Millionen Gulden Heringe nicht abnehmen, gleichzeitig der Streitpunkt zwischen den Parteien erörtert wird, ob Deutschland gezwungen ist, den Fang von 1919 abzunehmen (wozu es sich, nebenbei gesagt, ausdrücklich verpflichtet hat), so kann man diese ganze Frage doch als erledigt betrachten. Denn, wie ich von zuständiger Stelle erfahre, hat man sich deutscherseits schon bereit erklärt, den Fang von 1919 im Werte von 1½ Millionen Gulden abzunehmen und zu bezahlen, sobald das Kreditabkommen ratifiziert sein wird. Darin darf man wohl das Eingeständnis deutscherseits sehen, daß man sich zum mindesten in dem Streit über die Fangzeit im Unrecht befand. Fragt sich nur, wozu dann erst böses Blut gemacht werden mußte.

Aber nun kommt die Heringsfrage Nummer zwei; und die ist nicht so leicht aus der Welt zu schaffen. Die Holländer erklären, Deutschland habe in Norwegen Verträge abgeschlossen, die viel ungünstiger seien als die, welche mit Holland abgeschlossen werden können. Deutschland nehme jetzt keine holländischen Heringe mehr, obwohl sie besser und um 200 Mark die Tonne billiger sind, weil die deutsche Kriegsgesellschaft erst ihre norwegischen Heringe los werden muß. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt darüber folgendes:

„Die deutsche Heringsgesellschaft, die 900 v. H. Dividende zahlt, hat in Norwegen Heringe schlecht und teuer gekauft und die Einfuhr viel besserer und nicht teuerer holländischer Heringe verboten. Mit Hilfe dieses Verbots wurde dann der Preis der Heringe zugunsten der deutschen Heringsfischerei außerordentlich in die Höhe getrieben. Es wurde ein Preis von 800 Mark für die Tonne zugesichert, während die holländischen Heringsfischer mit 150 bis 200 Mark pro Tonne billiger gewesen wäre.

Ferner sollten mit Hilfe einer gecharterten holländischen Heringsflotte Heringe nach deutschen Häfen gebracht und als inländische Ware nicht unter 800 Mark pro Tonne verkauft werden. . . . „Während", so schließt das Blatt, „Notschreie über den Mangel in Deutschland ausgestoßen werden, sieht man an diesem Heringsbeispiel, wie wichtige Lebensmittel zugunsten bestimmter Inter-